

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

Erziehungsgutschein umsetzen

Eltern, die ihre Kinder schlagen, kapitulieren. Sie sind überfordert, den alltäglichen Belastungen nicht gewachsen, haben selbst Gewalterfahrungen oder kennen keine alternativen Erziehungsmethoden.

Seit der Anspruch auf gewaltfreie Erziehung im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert ist, wird immer deutlicher, dass die Familienbildung verstärkt werden muss. Eltern sollen durch diese Regelung aber nicht kriminalisiert werden, sondern es wird ein unmissverständliches Signal gesetzt, die seelische und körperliche Unversehrtheit von Kindern zu respektieren. Um Wege einer gewaltfreien Erziehung aufzeigen und vermitteln zu können, müssen gerade diejenigen erreicht werden, die eben nicht gewaltfrei erziehen. Dabei müssen die Hemmschwellen, Hilfe in Anspruch zu nehmen und andere Möglichkeiten von Konfliktbewältigung zu erlernen, so niedrig wie möglich gehalten werden. Deshalb sind in den Haushalt 2002/2003 Mittel für die Einführung eines Erziehungsgutscheins eingestellt worden, mit dessen Hilfe ein ebensolches niedrigschwelliges Angebot unterbreitet werden soll.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, das Konzept zum Erziehungsgutschein bis spätestens zum 31. Oktober 2002 der Deputation für Soziales, Jugend und Senioren umsetzungsreif vorzulegen, so dass eine Realisierung ab dem 1. Januar 2003 erfolgen kann und der Stadtbürgerschaft bis zum März 2003 über den Stand der Realisierung zu berichten.

Silke Striezel, Eckhoff und Fraktion der CDU

Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD